

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: **Sachsen kapituliert – Rechtsstaat schützen,
Sicherheit gewährleisten**

1 Antragstext

2 Nachdem der einseitige Verfolgungsdruck gegen Nazigegner den Begriff der
3 „Sächsischen Demokratie“ prägte und Zweifel an den rechtsstaatlichen Zuständen
4 im Freistaat aufkommen ließ, erleben wir derzeit in Sachsen ein kollektives
5 Versagen der konservativen Sicherheitserzählung. Unter der Beschreibung „Sachsen
6 kapituliert“ wurde ein neuerliches umfassendes Staatsversagen in Sachsen
7 deutlich. In Folge der massiven Stellenkürzungen bei der Polizei wurde nicht nur
8 die Sicherheit in einigen Regionen Sachsens massiv verschlechtert, sondern auch
9 der Rechtsstaat zu Tode gespart. Als nichts anderes lässt es sich bezeichnen,
10 wenn in Sachsen aufgrund massiven Personalmangels bei der Polizei zum
11 wiederholten Male Versammlungsverbote verhängt werden und nicht ausreichend
12 Polizeikräfte verfügbar sind, um Ausschreitungen marodierender Neonazis wirksam
13 zu unterbinden und die Straftäter mit der vielfach betonten „Härte des
14 Rechtsstaates“ zur Rechenschaft zu ziehen.

15 Das Bild Sachsens wurde in den letzten Monaten durch eine hohe Zahl von
16 Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte geprägt. Städte wie Freital, Heidenau und
17 Niederau sind Symbolorte für eine sächsische Politik geworden, in der Anzeichen
18 für Ausschreitungen nicht ernst genommen oder bagatellisiert werden und im Falle
19 von Angriffen die Polizei zu spät oder nicht in ausreichender Zahl präsent war.
20 Viele dieser Probleme in Sachsen sind hausgemacht und die Folgen eines Versagens
21 insbesondere der CDU in der Sicherung der elementaren Grundrechte. Auch wenn es
22 uns als GRÜNE in Anbetracht der sich verschärfenden Sicherheitslage nichts
23 nützt, Recht gehabt zu haben oder vor den aktuellen Problemen gewarnt zu haben,
24 ist es notwendig die Defizite weiter deutlich zu machen und gleichzeitig zu
25 zeigen, dass Grundrechte nicht eingeschränkt werden dürfen, weil dies den
26 Sicherheitsbehörden als letztes Mittel erscheint. Denn die Grundrechte sind
27 konstituierend für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

28 **Stellenabbau bei der Polizei stoppen – Einstellungen deutlich erhöhen**

29 Unter dem Dogma des schlanken Staates wurde bereits zu Zeiten der ersten
30 Schwarz-Roten Koalition 2006 ein massiver Stellenabbau bei der Polizei geplant.
31 Dieser wurde durch die CDU/FDP-Koalition noch einmal verstärkt und durch die
32 Polizeireform 2020 mit dem Abbauziel von insgesamt 2500 Polizisten bis 2020
33 umgesetzt. Trotz der Wahlversprechen der SPD, den Stellenabbau unverzüglich zu
34 stoppen, wurde durch die aktuelle Koalition zwar eine Kommission zur Ermittlung
35 des Stellenbedarfes bei der Polizei eingesetzt, jedoch der Stellenabbau im
36 aktuellen Haushalt unvermittelt vorgezogen. Die Folgen dieser verfehlten Politik
37 bekommen viele Bürgerinnen und Bürger in Sachsen schon seit einigen Jahren zu
38 spüren. Gerade im ländlichen Raum hat sich die Sicherheitslage durch den Rückzug
39 der Polizei verschärft, viele Menschen fühlen sich durch unzureichend geschützt.
40 Überlange Eintreffzeiten, selbst bei Gefahr für Leib und Leben, sind zur
41 Realität geworden. Statt unverzüglich zu handeln, hat die Schwarz-Rote Koalition
42 mit dem Fortsetzen des Stellenabbaus im Haushalt wertvolle Zeit verschenkt.

43 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern daher die schnellstmögliche Ausweitung
44 des Einstellungskorridors bei der Polizei auf mindestens 600 Anwärterinnen und
45 Anwärter pro Jahr. Nur so können ausreichend gut ausgebildete Polizeibedienstete
46 in den Polizeidienst übernommen werden. Zudem müssen alle Schritte geprüft
47 werden, um den drohenden massiven Altersabgang bei der Polizei zu mildern.
48 Der Vorschlag der Koalition zur Wiedereinführung der Wachpolizei ist der Griff
49 nach dem letzten Strohalm und wird von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
50 abgelehnt. In der aktuellen Situation ist es grob fahrlässig auf gerade einmal
51 drei Monate ausgebildete Hilfspolizisten zu setzen, die zudem über Schusswaffen
52 verfügen. Gerade das Ansinnen, die WachpolizistInnen vor
53 Flüchtlingsunterkünften einzusetzen birgt auf Grund mangelnder Ausbildung und
54 unzureichender Demonstrationserfahrungen erhebliche Risiken.

55 **Versammlungsfreiheit vollumfänglich gewährleisten**

56 Der massive Stellenabbau bei der Polizei führt auch zu einer großen
57 Einschränkung der Grundrechte in Sachsen. Bereits zweimal wurden in diesem Jahr
58 Versammlungen öffentlich wahrnehmbar aufgrund eines polizeilichen Notstandes,
59 also dem Mangel an Polizeikräften zur Absicherung entsprechender
60 Versammlungsgeschehen, abgesagt. Auf das bis heute umstrittene
61 Versammlungsverbot in Dresden aufgrund einer nicht geklärten Terrorgefahr
62 folgten umfassende Versammlungsverbote im Februar in Leipzig und im August in
63 Heidenau. Diese Versammlungsverbote aufgrund eines polizeilichen Notstandes sind
64 rechtsstaatlich zweifelhaft und als ultima ratio anzusehen. Eine ultima ratio,
65 die in Sachsen droht zum Normalzustand zu werden. Es darf nicht der Normalfall
66 werden, dass die Versammlungsfreiheit erst vor Gericht eingeklagt werden muss.

67 Dazu kommen eine Vielzahl von Demonstrationen, in welchen Routen verkürzt werden
68 mussten, lediglich Kundgebungen durchgeführt werden durfte oder andere
69 Einschränkungen erfolgten, weil die Polizei nicht über ausreichend Kräfte
70 verfügte. Wenn jetzt vielfach behauptet wird, der Stellenabbau bei der Polizei
71 hätte mit der aktuellen Situation nichts zu tun, da bei den geschlossenen
72 Einheiten kaum abgebaut wurde, wird verkannt, dass bei außerordentlichen
73 Einsatzlagen zur Absicherung nicht selten auch auf Polizistinnen und Polizisten
74 aus den Revieren zurückgegriffen wird.

75 Die Versammlungsfreiheit in Sachsen muss endlich wieder vollumfänglich
76 garantiert werden. Dazu bedarf es auch einer breiten Unterstützung durch die
77 Polizei anderer Länder und die Bundespolizei bei Versammlungen – diese sind aber
78 teilweise selbst mit vielfachen Veranstaltungsgeschehen konfrontiert.

79 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern vor diesem Hintergrund, dass der Freistaat Sachsen
80 eine bundesweite Diskussion über prioritäre Einsatzlagen anstößt. Die originäre
81 Aufgabe der Polizei ist der Schutz von Mensch und Eigentum und die Sicherung der
82 Grundrechte. Auf diese Aufgabe muss sich wieder zunehmend konzentriert werden,
83 um ausreichend Kräfte der Bereitschaftspolizei für die Durchführung von
84 Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Dabei muss auch die Zahl der
85 Einsatzkräfte bei Fußballspielen kritisch hinterfragt werden.

86 **Flüchtlingsunterkünfte schützen**

87 Flüchtlingsunterkünfte in Sachsen sind das vorrangige Ziel von Neonazis und
88 Aufmärschen von Rassistinnen und Rassisten im Gewand vermeintlich „besorgter
89 Bürgerinnen und Bürger“. Dem Schutz der in Sachsen Zuflucht Suchenden muss
90 oberste Priorität eingeräumt werden. Als die GRÜNEN im Juli 2015 im Landtag ein
91 Sicherheitskonzept für Flüchtlingsunterkünfte forderten, wurde dies abgelehnt.
92 Kurz danach folgten die Übergriffe in Freital, die Ausschreitungen vor der
93 Zeltunterkunft in Dresden und in Heidenau. Es lässt sich nicht mehr schön reden:
94 Sachsen hat nicht nur ein Problem mit der menschenwürdigen Unterbringung von
95 Geflüchteten, sondern auch mit der Sicherheit der Flüchtlingsunterbringung. Dies
96 gilt vor allem für hastig ohne großen Kommunikationsvorlauf in Betrieb genommene
97 Interimsunterbringungen. Sachsen braucht daher unverzüglich ein umfassendes
98 Sicherheitskonzept für Flüchtlingsunterkünfte. Zudem müssen wirksame Maßnahmen
99 der Gefahrenabwehr getroffen werden. So ist es vollkommen unverständlich, warum
100 die Polizei zuschaut, wenn Neonazis sich mit massiven Alkoholkonsum Mut
101 antrinken oder wenn es bisher keinerlei Präventivmaßnahmen gegen polizeilich
102 bekannte Neonazis, wie zum Beispiel Gefährderansprachen gegeben hat.

103 Erschwerend kommt die unrühmliche Rolle des Sächsischen Verfassungsschutzes
104 hinzu. Hätte es eines weiteren Beweises für dessen Unfähigkeit bedurft, die
105 Ereignisse der vergangenen Monate haben ihn geliefert. Der Verfassungsschutz
106 zeigte sich von Angriffen auf oder rechten Ansammlungen vor
107 Flüchtlingsunterkünften überrascht und konnte keinen erkennbaren Beitrag zur
108 Einschätzung und Bewältigung der Lage leisten.
109 Nicht zuletzt muss endlich Schluss sein mit dem falschen Verständnis für
110 Rassismus und der Bagatellisierung von rechtem Gedankengut durch Teile der CDU
111 und der Staatsregierung. Mit diesem Verständnis für vermeintlich „besorgte
112 Bürger“ wurde ein Grundklima der Akzeptanz menschenverachtender Positionen
113 erzeugt, welches nun zu einer Grenzüberschreitung nach der anderen führt. Auf
114 Demos von Pegida und Co. wird mittlerweile unverhohlen zu Gewalt und Straftaten
115 aufgerufen. Dagegen gilt es nicht nur deutlich Gesicht zu zeigen, sondern auch
116 strafrechtlich vorzugehen.

117 **Berichterstattung der Medien sicherstellen – Politisch Engagierte schützen**

118 Nicht erst die offene Gewalt gegen JournalistInnen und politische Engagierte vor

119 Ort haben gezeigt: Das Ziel von Pegida, Neonazis und ihren Mitläufern sind
120 Medien und engagierte Demokratinnen und Demokraten einzuschüchtern und zu
121 verunglimpfen Wer „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ ruft, bedient sich nicht nur
122 einem offen neonazistischen Vokabular, sondern zeigt auch deutlich, dass sich
123 der Protest nicht nur gegen die Asylpolitik, sondern gegen die Grundwerte
124 unserer Demokratie richtet. Diesen Anfeindungen gilt es sich zu widersetzen.

125 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher einen wirksamen Schutz von
126 Medienvertreterinnen und -vertretern sowie politischen BeobachterInnen bei
127 Demonstrationsgeschehen. Die Polizei muss deren Sicherheitsbelange in ihre
128 Einsatzstrategie umfassend einbeziehen.
129 Zudem müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um rechten Terror zu
130 bekämpfen. Die Zahl der Anschläge auf politische Engagierte geben Anlass zur
131 Sorge und fordern nicht nur eine entschiedene Solidarität der Zivilgesellschaft,
132 sondern auch ein entschlossenes und sichtbares Handeln des Rechtsstaates.

133 Die Drohungen und Verabredungen zu Gewalt nehmen oft in den sozialen Netzwerken
134 ihren Anfang. Der Eindruck des rechtsfreien Raumes drängt sich auf. Es ist
135 zwingend erforderlich, dass Maßnahmen ergriffen werden um konsequent gegen
136 Straftaten in diesem Bereich vorzugehen. Die Gewalt auf der Straße nimmt zu oft
137 in der verbalen Radikalisierung in den Netzwerken ihren Anfang.

138 **Abschottung beenden - Grenzkontrollen lösen keine Probleme, sondern schaffen**
139 **erst welche**

140 Als die Bundesrepublik ankündigte, Grenzkontrollen wieder einzuführen, wurde
141 dies auch durch Sachsens Innenminister bejubelt. Heute ist klar: Grenzkontrollen
142 lösen keinerlei Probleme, sondern schaffen vor allem neue. Neben der
143 Feststellung, dass die Einführung der Grenzkontrollen ein in dieser Form bisher
144 einmaliger Angriff auf die europäischen Werte war, gilt zu konstatieren: Das
145 System des gegenseitigen Kräfteaustauschs der Polizei zwischen dem Bund und den
146 Ländern bei Großereignissen, wie Fußballspielen oder Versammlungen ist faktisch
147 zusammengebrochen. Bisher basierte dies vor allem auf einer starken und
148 verfügbaren Bundespolizei. Diese ist aber bei Grenzkontrollen nahezu vollständig
149 mit der Aufgabe der Grenzsicherung befasst, weswegen entsprechende
150 Amtshilfeersuchen mittlerweile vollkommen ins Leere laufen.

151 Die Grenzkontrollen verlagern zudem unsere Probleme im Umgang mit den steigenden
152 Flüchtlingszahlen lediglich auf andere Staaten. Die letzten Wochen haben
153 deutlich gezeigt, wie schnell in dieser Frage Kaskaden entstehen können, die das
154 Recht auf Asyl in Europa zu einer Makulatur werden lassen. Die Menschen, die bei
155 uns Schutz suchen, werden sich in Anbetracht ihrer Fluchtursachen nicht durch
156 Grenzen aufhalten lassen. Deshalb ist es notwendig, den nutzlosen und unseren
157 europäischen Werten widersprechenden Irrweg der Abschottung unverzüglich zu
158 beenden.

159 **Der Rechtsstaat muss verteidigt werden - ohne wenn und aber**

160 Das Endspiel um den Rechtsstaat hat begonnen, dies zeigt das gewalttätige

161 Agieren marodierender Neonazis, die auf vollkommen überforderte
162 Sicherheitsbehörden treffen genauso, wie die zunehmenden
163 Grundrechtseinschränkungen aufgrund mangelnder Polizeikräfte in Sachsen. Es ist
164 jetzt nicht an der Zeit, sich dafür zu rühmen, diese Probleme schon lange
165 vorhergesagt zu haben, es ist jetzt - gerade in der aktuellen Situation - an der
166 Zeit, für eine verantwortungsvolle und bürgerrechtsorientierte
167 Sicherheitspolitik in Sachsen einzutreten, die den Staat wieder in die Lage
168 versetzt, seinen ureigenen Aufgaben nachzukommen und Menschen sowie Grundrechte
169 zu schützen. Der Rechtsstaat muss gegen Angriffe durch Antidemokraten ebenso
170 verteidigt werden, wie gegen vorschnelle Grundrechtseinschränkungen unter dem
171 Deckmantel vermeintlicher Sicherheitspostulate; er darf nicht kapitulieren,
172 sondern muss widerstehen.

173 Dafür braucht es eine starke Zivilgesellschaft und laute GRÜNE mit einer klaren
174 Haltung.

UnterstützerInnen

- Valentin Lippmann, Carolin Waegner